

Geht per Mail an: sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

21.2.2019

**Vernehmlassung: Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
(Systematische Verwendung der AHV-Nummer durch Behörden)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP erklärt sich einverstanden mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, spricht der systematischen Verwendung der AHV-Nummer durch die Behörden. Die zuständigen Behörden sind allerdings dazu angehalten, den unbefugten Zugriff auf die Nummer mittels bestmöglicher Sicherheitsverfahren zu verhindern.

2008 wurde die nichtsprechende, 13-stellige AHV-Nummer eingeführt. Seit diesem Zeitpunkt ist die Digitalisierung in rasantem Tempo vorangeschritten, was sich in der starken Ausweitung der Verwendung der AHV-Nummer ausserhalb der AHV niederschlug. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass die Befugnis zur systematischen Verwendung der Nummer gelockert werden soll.

Ziel dieser Gesetzesänderung muss sein, die Verwaltungsabläufe durch eine kontrollierte systematische Verwendung der AHV-Nummer effizienter zu gestalten.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- Für systematische Verwendungen der Nummer durch Behörden muss nicht mehr in jedem einzelnen Fall durch ein Spezialgesetz eine Berechtigung erteilt werden. Es wird neu eine generelle Berechtigung für Behörden ausgestellt.
- Einrichtungen, die keine Behörde sind, die allerdings Verwaltungsaufgaben ausführen, benötigen mit dem neuen Gesetz nach wie vor eine spezialgesetzliche Grundlage zur systematischen Verwendung der Nummer.
- Es ist wichtig und richtig, dass alle Behörden, die in Zukunft eine generelle Berechtigung zur Verwendung der Nummer erhalten, ihre Sicherheitsmassnahmen auf den bestmöglichen Stand aktualisieren müssen. Zu begrüssen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Strafnorm betreffend der Durchführung der technischen und organisatorischen Massnahmen verschärft wird, indem neu auch bestraft werden soll, wer die vorgegebenen Massnahmen nur mangelhaft durchführt.

- Die systematische Verwendung der Nummer wird die Datenbearbeitung durch die Behörden nicht nur effizienter gestalten, sondern auch ihre Qualität erhöhen. Eine effizienter arbeitende Verwaltung ist auch kosteneffizienter.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz
Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP